



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 16. Januar 2014  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

*54. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 15. Januar 2014,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm Berichte der Landesregierung zur **neuen Erschwerniszulagenverordnung und zu deren Auswirkungen auf die Berufsfeuerwehren in Schleswig-Holstein**, Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg, [Umdruck 18/2265](#), zur **Aussetzung des Optionszwangs in Schleswig-Holstein**, Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg, [Umdruck 18/2214](#), und zur **Speicherung personenbezogener Daten im Rahmen des Programms @rtus**, Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg, [Umdruck 18/2265](#), entgegen. Nach einer Aussprache wurden die Berichte zur Kenntnis genommen.

Vertreter des Jugendparlaments stellten vor dem Ausschuss die Beschlüsse der **27. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, [Umdruck 18/2058](#), vor. Nach einer Aussprache nahm der Ausschuss die Beschlüsse zur Kenntnis.

Der Ausschuss kam abweichend von dem bereits beschlossenen Verfahren zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/119](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen überein, aufgrund noch weiteren Beratungsbedarfs den Fraktionen Gelegenheit zu geben, bis zum 5. März 2014 gegebenenfalls weitere Änderungsanträge zum Gesetzentwurf vorzulegen und ihre Anzuhörenden für die mündliche Anhörung zu benennen. Es wurde in Aussicht genommen, die mündliche Anhörung Anfang April 2014 durchzuführen.

Nach einer Einführung durch die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa schloss der Ausschuss seine Beratungen zu den Berichten der Landesregierung zum **Betreuungswesen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1362](#), und über die **Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde**, [Drucksache 18/1022](#), ab. Beide Berichte wurden zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren**, [Drucksache 18/925](#), einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

Der Antrag der Fraktion der FDP, **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**, [Drucksache 18/599](#), sowie die Anträge der Fraktion der PIRATEN, **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**, [Drucksache 18/899](#), und **Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**, [Drucksache 18/1049](#), wurden mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der Stimmen von CDU und FDP von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss verständigte sich außerdem über die Schwerpunktsetzung der Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses im ersten Quartal 2014.

**Terminplanung:**

|                 |                           |
|-----------------|---------------------------|
| 29. Januar 2014 | Sitzung entfällt          |
| 26. März 2014   | auswärtige Sitzung im LKA |

Schluss: 17:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder